



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Albert Schäffles Denkwürdigkeiten

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Albert Schöffles Denkwürdigkeiten



us einem Tübinger Stiffter kann nach einem alten Worte alles werden. Wirklich wird von den wunderbarsten Lebensläufen berichtet, die dort in dem alten Augustinerbau, der Pflanzstätte der evangelischen Geistlichkeit Württembergs, ihren Ausgang genommen haben. Ist einer dieser Zöglinge während der großen Revolution zum französischen Minister des Auswärtigen und später zur Pairswürde in dem fremden Lande gelangt, so ist es kaum wunderbarer, daß einen andern das Schicksal auf einen Ministerstuhl im österreichischen Kaiserthum erhoben hat. Freilich hat Albert Schöffle,<sup>\*)</sup> der Sohn eines württembergischen Lehrers, nur sehr kurze Zeit im Tübinger Stift zugebracht, und sein Beruf zum Geistlichen war so fragwürdig, daß er auch dann schwerlich dieser Bestimmung treu geblieben wäre, wenn ihn nicht, wie so manchen andern Jüngling, der Sturm des Jahres 1848 aus einer geregelten Bahn geworfen hätte. Er gehörte nicht eben zu den Schwärmern, die sich von den radikalen Phrasen betören ließen. Aber er hatte doch auf der Keutlinger Volksversammlung mit auf die Reichsverfassung geschworen und hielt es gewissenshalber für Pflicht, dem Ruf der sogenannten Reichsregentschaft zu folgen, als diese im Juni 1849 zur Unterstützung der badischen Revolution aufforderte. Da sich diese Bewegung, wie ihre Anführer versicherten, das Ziel gesetzt hatte, das von der Nationalversammlung hinterlassene Werk zur Durchführung zu bringen, so konnten auch nüchterne und höchst friedfertige Naturen leicht in die Täuschung hineingesteigert werden, daß es eine patriotische Pflicht sei, in diesem Kampfe nicht zurückzubleiben; für Schöffle aber bedeutete der Schritt zugleich die Befreiung von dem Druck, den er als Stiffter, einer unerwünschten Bestimmung entgegensteuernd, empfunden hatte. Er wagte ihn aufs ungewisse hin und war entschlossen, alle Folgen zu tragen.

Die Erfahrungen im Freischarenzug waren freilich beschämend. Die große Masse des Freiheitsheeres war „unsagbar gemeines Gesindel,“ und die einzige Frucht, die Schöffle von dieser kurzen, für die Tübinger Freischar unblutigen

<sup>\*)</sup> Aus meinem Leben. Von Albert Schöffle. Mit sechs Bildnissen und einer Briefbeilage. Zwei Bände. Berlin, E. Hofmann & Komp., 1905.

Episode davontrug, war „der unauslöschliche Ekel an jeder Art der ziellosen und selbstischen Volksverhezung.“ Nun aber was tun? In das Stift zurück und in die geistliche Laufbahn, wie andre Feldzugteilnehmer taten, die es zum Teil in hohe Ämter und Bürden brachten, daran dachte er keinen Augenblick. Zunächst folgte ein Versuch im Lehrfach. Bald aber eröffnete sich dem Zwanzigjährigen eine weit lockendere und seinem innern Drang angemessenere Aussicht: er wurde von der Familie Elben in die Redaktion des Schwäbischen Merkurs berufen, der er nun ein ganzes Jahrzehnt angehörte. Kein Beruf ist wohl geeigneter, die ihres Zieles noch ungewissen Fähigkeiten eines guten Kopfes zu üben, zu entwickeln, nach den verschiedensten Seiten hin auszubilden, als der eines Zeitungsmannes. Voraussetzung dabei ist freilich, daß die technische Tagesarbeit nicht die ganze Kraft in Anspruch nimmt, daß sie reichliche Zeit zum Ausreifen und zum Erwerb solider Kenntnisse läßt. Für Schöffle war es um so wichtiger, daß das Zeitungsgeschäft damals noch nicht wie in unsern ruhelosen, konkurrenzwütigen Tagen zu einer aufreibenden Hezarbeit geworden war, als er das in Tübingen nach zwei Semestern unterbrochne Studium erst nachzuholen hatte. Dieses Studium aber richtete er von nun an mit eiserner Energie auf die verschiednen Zweige des Staatsrechts und der Nationalökonomie. Er erfüllte aufs pünktlichste seine Pflichten als Journalist, aber er war auch von Anfang an entschlossen, daß diese Stellung, so angenehm sie ihm durch die Liberalität der Eigentümer der Zeitung geworden war, nur ein Durchgangspunkt sein sollte. Nichts tritt in seinen Aufzeichnungen nachdrücklicher hervor, als der Drang nach Selbständigkeit, das Gefühl einer stolzen Unabhängigkeit; „einsam und trotzig“ heißt es in dem Motto, das dem Buche vorgelegt ist. Ohne irgend eine akademische Fachvorlesung gehört zu haben, erwarb er sich in den Staatswissenschaften eine so umfassende Kenntnis, daß er nach wenig Jahren die höhere Staatsprüfung für den Dienst im Ministerium des Innern mit bestem Erfolg ablegen konnte. Der journalistische Beruf und das theoretische Studium ergänzten sich gegenseitig. „Daß ich das Gelernte eigentümlich gelernt habe, daß theoretische und praktische, wissenschaftliche und geschäftliche Ausbildung in engste Wechselbeziehung traten, ist für meine Entwicklung günstig, jedenfalls entscheidend gewesen.“

Durch die Staatsprüfung wollte er für alle Fälle ökonomisch gedeckt sein. Für seinen weitem Lebensgang war aber entscheidend das innige Verhältnis, in das er zu dem Baron Georg von Cotta trat. Durch diese Verbindung wurde er näher an die hohe Politik herangeführt, und daraus ergab sich auch das besondre Interesse für den österreichischen Kaiserstaat. Man weiß, in welcher Richtung in jenen Jahren Cottas Organe wirkten, die Allgemeine Zeitung in Augsburg und die von ihm selbst redigierte Deutsche Vierteljahrsschrift. Schöffle wurde seine rechte Hand. Täglich verkehrte er in des Freiherrn Haus. Seine ersten wissenschaftlichen und politischen Abhandlungen erschienen in der genannten Zeitschrift, und für die politische Oberleitung der Allgemeinen Zeitung, die Cotta sich selbst vorbehielt, machte er Schöffle zu seinem vertrautesten Berater. In Augsburg spürte man wohl den durchgrei-

fenden Einfluß, den der Vertrauensmann ausübte, und man war bloß im Zweifel, wer eigentlich der spiritus rector sei, ob sich Cotta der willigen Feder des jungen Journalisten bediente, oder ob dieser den Freiherrn beherrschte, bestärkte und auf der Bahn einer schwarzen Politik forttrieb. Während des Kriegs von 1859 wurde mit Hochdruck in diesem Sinne gearbeitet. Wie im Schwäbischen Merkur, so verteidigte Schäffle auch in der Allgemeinen Zeitung, hier von Orges sekundiert, unermüdlich den Satz, daß der Rhein am Po zu verteidigen sei, und daß der Krieg Napoleons für Italien nur als Vorläufer eines Kriegs zur Eroberung der Rheingrenze gedacht sei. „Cotta war vollständig mit der Agitation einverstanden und trieb eher an, als daß er mäßigte.“ Schon früher hatte Schäffle auch persönliche Beziehungen in Österreich angeknüpft. Er war durch Empfehlungsbriefe Cottas im Jahre 1857 mit dem Freiherrn von Czörnig, dem Chef des Statistischen Amtes, und mit Hoch, dem Sektionschef im Finanzministerium, bekannt geworden, und der Verkehr mit diesen Männern machte ihn fortan zum begeisterten Anhänger der Zolleinigung Deutschlands mit Österreich, der Herstellung eines großen, zusammenhängenden mitteleuropäischen Verkehrsgebiets, das von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer, von der Ostsee bis zur Adria reichen sollte. Seine politischen wie seine nationalökonomischen Grundanschauungen hatten schon damals ihre feste Ausprägung gefunden. Politisch hielt er zu den Großdeutschen, wie man die Gegner der bundesstaatlichen Vereinigung mit Preußen hieß, wirtschaftlich aber war er schon jetzt ein Gegner der Freihandelspartei Norddeutschlands, der „Harmoniker der vulgären Nationalökonomie,“ wie er ein Gegner der extremen Schutzzöllner Süddeutschlands, Moriz Mohls u. a. war. Aber auch die Grundzüge seiner sozialwissenschaftlichen Richtung waren schon in dem ersten seiner Beiträge in der Deutschen Vierteljahrschrift niedergelegt: schon diese Abhandlung „Abbruch und Neubau der Zunft“ hatte sich für berufsgenossenschaftliche Organisation unbeschadet der Gewerbefreiheit ausgesprochen. Unter Freiheit verstand er im Gegensatz zum Faustrecht des *laissez faire, laissez aller* „die Freiheit jedes Gesellschaftsglieds in seiner organischen gesellschaftlichen Berufsfunktion.“ Ein Grundsatz, den Schäffle in seinen spätern Werken weiter entwickelt und zum Beispiel auch in seinen Vorschlägen für eine vernünftige Zusammensetzung der Wahlkörper fruchtbar gemacht hat.

Seinen wissenschaftlichen Abhandlungen in der Deutschen Vierteljahrschrift verdankte Schäffle im Jahre 1860 die Berufung nach Tübingen als Professor der Staatswissenschaften. Es war zu einer Zeit, wo seine Stellung am Merkur schwieriger geworden war infolge der nationalen Bewegung, die sich in Deutschland an die Ereignisse des Sommers 1859 knüpfte. Auch Otto Elben, der Leiter der „Schwäbischen Times,“ war der Erklärung beigetreten, die nach der preussischen Mobilmachung im Juni durch ganz Deutschland von den Liberalen beschlossen wurde: Preußen als Führer des übrigen Deutschlands im Bunde mit Österreich. Dieses Programm wurde zwar durch den raschen Abschluß des Friedens von Villafranca hinfällig, aber es lag darin der Keim des spätern Nationalvereins. Schäffle war nicht gesonnen, diese

Wendung mitzumachen, und mißmutig sah er den Merkur in das neue Fahrwasser steuern. Der Ruf nach Tübingen kam also gerade zur rechten Zeit; indem er sich jetzt in seine akademische Stellung einlebte, blieb er zugleich einer der Wortführer der großdeutschen Partei. Auch auf das Universitätsleben erstreckte sich damals der politische Gegensatz. Bei den Berufungen fragte man auch nach der politischen Farbe, gesellschaftlich hielten sich die Großdeutschen und die Kleindeutschen in gesonderten Lagern; so oft ein „Ausländer“ berufen werden sollte, stemmten sich die Einheimischen dagegen. Die publizistischen Arbeiten Schöffles in dieser Zeit waren zum Teil theoretischer Art, die meisten aber beschäftigten sich mit Fragen der praktischen Politik, mit der deutschen Bundesreform im großdeutschen Sinn und mit der österreichisch-deutschen Zolleinigung. Diese letzte Frage war jetzt infolge des deutsch-französischen Handelsvertrags in ein kritisches Stadium getreten, und durch dessen Sieg wurde sie in negativem Sinn entschieden. Übrigens gesteht Schöffle selbst, daß das Mißlingen der Zolleinigung mit Österreich nicht bloß durch die damals allmächtige Freihandelspartei, sondern „mindestens ebenso“ durch die österreichische Regierung und durch die süddeutschen Schutzzöllner verschuldet worden sei. Für den württembergischen Landtag, dem er von 1861 bis 1865 angehörte, arbeitete er ein Gutachten über den Handelsvertrag aus, das dem extrem schutzzöllnerischen Bericht Moriz Mohls entgegengesetzt war. Er war im Landtage wegen seiner volkswirtschaftlichen Kenntnisse eine geschätzte Kraft, trug aber keineswegs bloß angenehme Erfahrungen aus dem Stuttgarter Ständehaus davon. „Gewisse Miserabilitäten des parlamentarischen Lebens, der Servilismus gegen die Wähler und deren Kirchturmsinteressen, das Schachern um kleine Vorteile des Bezirks auf Kosten des Landes, der Führer- und der Rednerehrgeiz, die Fraktionsverbohrtheit, das Übergewicht der Rednerei über die Sach- und Fachkenntnis, der Geriebenheit über die Geradheit, die Fälschung der Reden im stenographischen Protokoll und dergleichen habe ich nicht bloß löffeln, sondern scheffelweise zu kosten bekommen.“

Schöffle nahm auch an der Konstituierung des großdeutschen „Reformvereins“ teil, die im Oktober 1862 zu Frankfurt a. M. stattfand, und half als Ausschußmitglied mit zu dem Programm, das dort zusammengeschmiedet wurde. Doch hatte er keine Freude an den konservativen Partikularisten, Welfen und Ultramontanen, die die große Masse dieser Partei bildeten, und seit dem Jahre 1864 hat er sich, wie er erzählt, an dem eigentlichen Parteilieben nicht mehr beteiligt. Immerhin ließ er sich im Jahre 1868 in das Zollparlament wählen, eine Wahl, bei der in Württemberg bekanntlich nur solche Kandidaten bei Herrn von Barmbüler und beim allgemeinen Stimmrecht Gnade fanden, die sich gegen die Erweiterung des Zollparlaments zum Zollparlament und gegen den Anschluß an den Norddeutschen Bund erklärten. Mit Barmbüler stand Schöffle freilich auf gespanntem Fuß, und auch seine intime Freundschaft mit dem Minister Goltzer ging in die Brüche; aus welchem Grunde, ist nicht recht zu ersehen. Aus manchen Stellen der Denkwürdigkeiten erhält man den Eindruck, daß Schöffle eine starke Anlage zu argwöhnischen Stimmungen hatte, die sich bis zu einer Art von Verfolgungs-

wahn steigern konnten. „Einsam und trozig,“ im Grunde immer seine eigne Partei bildend, war er fortwährend in Kampfstellung, er sah überall Feinde, und wo ihm solche entgegentraten, sah er sie in übertreibendem Lichte. So behauptet er wiederholt, daß seine Person ganz besonders dem Haffe der deutschen Partei ein Ziel gewesen sei, daß er zugleich die Todfeindschaft Barnbülers genossen, und daß ihm diese „eine Art Austreibung aus der Heimat“ eingetragen habe. Allerdings tat das württembergische Ministerium nichts, ihn in Tübingen zu halten, als er im Sommer 1868, während er noch beim Zollparlament in Berlin war, einen Ruf an die Wiener Universität erhielt. Schon im Jahre 1863 war ihm durch Schmerling eine Professur in Wien angeboten worden, die er jedoch abgelehnt hatte. Ob bei diesen Berufungen auch an Belohnung für politische Dienste gedacht war, steht dahin; jedenfalls war Schöffle nach seinen wissenschaftlichen Leistungen berechtigt, sie nicht bloß so aufzufassen; es war doch ein andrer Fall, als mit Orgeß oder den preußenfeindlichen Publizisten zweiten Ranges, die in jenen Jahren zur Belohnung eine mehr oder weniger kümmerliche Unterkunft in Wien fanden. Den Herrn Julius Frese, der nach 1866 in Stuttgart den demokratischen Zeitungen Süddeutschlands die Leitartikel besorgt hatte, traf er im Vorzimmer des Herrn von Beust.

In Wien war damals der bürgerministerielle Zentralismus am Ruder. Von der innern staatsrechtlichen Lage Österreichs hatte Schöffle, wie er erzählt, noch nicht die mindeste Kenntnis. Er hatte mit Staatsmännern des absolutistisch-bureaokratischen Systems, wie Hock, in Beziehung gestanden, aber diese waren jetzt durch den neuen parlamentarischen Zentralismus kaltgestellt. „Davon, daß der Zentralismus überhaupt bereits bankrott war, derjenige Schmerlings und Auerspergs noch rascher und entschiedener als der absolutistische Schwarzenbergs, Stadions, Brucks und Bachs, hatte ich beim Übertritt nach Österreich noch keine Ahnung.“ Zunächst folgte ein Zusammenstoß mit Beust, dem Reichskanzler, der ihm die Teilnahme an einer gegen Börsenkorruption und Agiotage ankämpfenden Zeitschrift verübelte. Erst seine akademischen Vorlesungen über Verfassungspolitik führten ihn dann zu genauern Studien über das österreichische Staatswesen, wobei ihm der Glaube an die Allmacht des Zentralismus bald zerging. Im häufigen Umgang mit seinem Kollegen Habietinek und dessen deutschen wie böhmischen Freunden lernte er zum erstenmal die böhmischen Verhältnisse kennen. „Den juridisch-politischen Reichswater nannte ich ihn damals schon scherzweise. Durch Habietinek überzeugte ich mich vor allem von dem unbeugbaren Ernst der vereinigten streikenden tschechischen Majorität Böhmens und des konservativen böhmischen Hochadels, namentlich erstmals vom Charakter und von der Bedeutung der führenden Persönlichkeiten. Bestverleumdete und »Feudale« lernte ich als bedeutende vorurteilslose und brave Menschen kennen, viele der liberalen Tagesgötzen des Parlamentarismus fand ich mit dem Rot der Korruption beschmutzt.“ Durch einen Grafen Dürckheim, der Adjutant des Kaisers Franz Joseph gewesen und jetzt Mitglied des Abgeordnetenhauses war, wurde er mit den traurigen und verfahrenen Parteizuständen der Volksvertretung bekannt,

und dieser vermittelte auch seine Bekanntschaft mit dem Statthalter von Oberösterreich, dem Grafen von Hohenwart.

Der Geschichte des Ministeriums Hohenwart von seiner Entstehung bis zum frühen Ende ist in Schäffles Denkwürdigkeiten ein breiter Raum gegönnt. Wenn diese überhaupt sichtbar den Zweck verfolgen, des Verfassers politische Ansichten, Schicksale, Wandlungen zu rechtfertigen, so hat ihm besonders daran liegen müssen, diese wichtigste und auffälligste Episode seines Lebens aufzuklären und vor der Welt zurechtzulegen. Diese Erzählung ist denn auch reichlich mit Dokumenten belegt. Wir lernen an ihrer Hand zunächst die in größter Heimlichkeit monatelang geführten Vorverhandlungen kennen, aus denen das alle Welt überraschende Ministerium vom 5. Februar 1871 hervorsprang.

Als Ergebnis seiner Studien über österreichische Verfassungspolitik hatte Schäffle eines Tags — es war im Februar 1870 — jenem Grafen Dürckheim auf dessen Wunsch „österreichische Staatsgrundsätze“ aus dem Stegreif in die Feder diktiert; das Manuskript kam dann in die Hände des Kaisers, der unter dem Eindruck des deutsch-französischen Kriegs den Unfrieden seiner Völker doppelt schwer empfand, und schon im Sommer dieses Jahres begannen vertrauliche Beratungen über einen Ausgleich mit der böhmischen Opposition und über die Bildung eines „Versöhnungsministeriums“ im Sinne jener „österreichischen Staatsgrundsätze.“ Schäffle, deren Urheber, wurde von Anfang an zu diesen Vorverhandlungen zugezogen und hatte, durch den Grafen Potocki, den Präsidenten des damaligen Übergangministeriums, eingeführt, am 24. Oktober eine Audienz beim Kaiser, dem er „unverblümt das Verderbliche und Naturwidrige des die Bevölkerungsmehrheit bedrückenden und kontumazierenden Systems einer parlamentarischen Nationalitäts- und Klassenminoritätsherrschaft“ darlegte. Diese Minoritätsherrschaft sei tatsächlich Herrschaft des Großkapitals mit Unterstützung des doktrinarischen Liberalismus, des Beamten-, Advokaten-, Literaten- und Professorentums. Als Gegengewicht gegen die Gefahr der ungarischen Präponderanz, führte er weiter aus, müsse der Friede unter sämtlichen Völkern der diesseitigen Reichshälfte hergestellt werden, d. h. die volle tatsächliche und verfassungsmäßige Gleichberechtigung unter dem Schutze des Kaisers als des Fürsten aller Kronländer. Dieser Friede aber beruhe auf dem Ausgleich zwischen den Deutschen und den Tschechen. Diese beiden zusammen werden dann einen so festen Punkt diesseits wie die Magyaren jenseits der Leitha bilden. In einer zweiten Audienz am 29. Oktober beauftragte ihn der Kaiser, sich mit Hohenwart zur Bildung eines Kabinetts im Sinne der von ihm entwickelten Grundsätze in Verbindung zu setzen. „Ich kann, sagte der Kaiser, nicht länger gegen meine Völker lügen.“ Noch dauerte es aber drei Monate, bis die Wiener Zeitung die Bildung des „über den Parteien stehenden, wahrhaft österreichischen Ministeriums“ verkündigen konnte. Die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung, den Ausgleich mit den Tschechen, nahm Schäffle selbst in die Hand. Er reiste im Mai nach Prag und führte dort die Verhandlungen mit den Häuptern der Opposition, mit Clam-Martinic, Rieger, Palacky usw., sowie mit den jungtschechischen Parteiführern. Das Er-

gebnis waren die vielberufenen „Fundamentalartikel,“ die dann im September dem böhmischen Landtag zur vorläufigen Gutheißung vorgelegt wurden. Später sollte zur Abänderung des Staatsgrundgesetzes die Zustimmung beider Häuser des Reichsrats eingeholt werden. Dazu ist es aber nicht mehr gekommen. Der Einspruch der Ungarn und die Gegenwirkung Beusts vermochten, was die heftige Opposition der Deutschen und die Wiener Volkskundgebungen nicht vermocht hatten; der Kaiser war stutzig geworden, seine neuen Ratgeber hielten ihn von der Vollendung des Werkes zurück, die Tschechen sahen sich dicht vor dem Ziele getäuscht, und am 30. Oktober erhielt das Ministerium Hohenwart seine Entlassung, nachdem Schäffle schon sechs Tage zuvor, sich selbst am schwersten kompromittiert fühlend, um seine Enthebung nachgesucht und das Gesuch in einer Audienz beim Kaiser begründet hatte.

Noch heute bemächtigt sich der Deutschösterreicher die höchste Entrüstung, wenn vom Ministerium Hohenwart auch nur die Rede ist. Sie erachten seine kurze Amtsführung als den stärksten Vorstoß, der je gegen das Deutschtum gemacht worden ist. Gewiß ist, daß kein andres der vielen Ministerien, die sich an der Sisyphusarbeit des Nationalitätenausgleichs versucht haben, den Ansprüchen des böhmischen Staatsrechts so weit entgegengekommen ist wie dieses. Daß Schäffle mit seinem in Prag vereinbarten Friedensvorschlag im besten Glauben gehandelt hat, daß er und seine Freunde überzeugt waren, daß der Weg, den sie der Krone anrieten, wirklich zum Frieden führen werde und einen allen Teilen annehmbaren Mittelweg zwischen Zentralismus und Föderalismus darstelle, wird ohne weiteres zugegeben werden müssen. Aber daß ein Ausländer, der erst kurze Zeit in Österreich war, im Mittelpunkt dieser Aktion stand, und wie auch aus den mitgeteilten Dokumenten hervorgeht, ihr bewegender Geist war, schon das hat die deutschliberale Partei aufbringen müssen, davon abgesehen, daß sie am meisten von der Unerbittlichkeit des Handelsministers betroffen war, der im Konzessionswesen die strengsten Grundsätze übte und in Theorie und Praxis die „durch Bank, Börse, Aktiengesellschaften und Zeitungen mächtige Geldpartei“ bekämpfte. Und es war doch ein starkes Wagnis, das Ausgleichswerk mit der einen Partei im Rücken der andern fertig zu machen, in der Voraussetzung, daß ein so grundstürzender Entwurf als Grundlage der Verhandlungen widerspruchlos angenommen würde. Manche der Eincäumungen, die der böhmischen Adelspartei gemacht worden waren, erschienen auch Schäffle und seinen Kollegen bedenklich und zu weit gehend, aber sie gaben sich der Hoffnung hin, daß sich in den Verhandlungen mit den Vertretern der andern Kronländer noch etwas davon abmarkten lassen werde. Auf so schwachen Grund war das Werk gebaut, das auch ohne den Einspruch Beusts und Andraffys kaum eine Aussicht auf Erfolg hatte. Schäffle ist besonders auf Beust schlecht zu sprechen, er spürte von Anfang an dessen Gegnerschaft, in ihm sah er seinen Hauptwidersacher. Er rächt sich an ihm durch die Erzählung, wie es gekommen ist, daß im Jahre 1870 Österreich den mit Gramont abgeschlossenen Pakt nicht gehalten hat. Man hat das Verdienst für die Neutralität Österreichs während des deutsch-französischen Kriegs Beust zugeschrieben. Schäffle will aus guter Quelle erfahren haben, daß sich

der Kaiser nur aus dem Grunde für Neutralität entschieden habe, weil der Generalstabschef des Erzherzogs Albrecht, General John, auf Grund sorgfältiger Prüfung die Erklärung abgab, daß die Armee nicht schlagfertig sei.

Im Besitz des Ehrenbürgerrechts der Stadt Prag, begleitet von den Verwünschungen der Deutschösterreicher, hat Schöffle nach diesem Mißerfolg als Staatsmann Wien im Jahre 1872 wieder verlassen. Seitdem lebte er in der schwäbischen Heimat als Privatmann, ganz mit freien wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten beschäftigt. Diese aber galten jetzt den großen nationalen Aufgaben, die in Deutschland mit dem innern Ausbau des Reichs zusammenhingen. Der ehemalige Großdeutsche hatte sich den Tatsachen gebeugt, war mit der Schöpfung Bismarcks ausgesöhnt, und die Wirtschaftspolitik des Reichs lenkte in Bahnen ein, die im Einklang waren mit Schöffles wissenschaftlichen Aufstellungen. „Bismarcks Staatskunst hat mich von nun an immer stärker gefesselt.“ In der Frage der Reichseisenbahnen, des Tabakmonopols, auch in Sachen der Kolonialpolitik und des Flottenausbauens stand seine Feder auf des Kanzlers Seite. Und einmal war es ihm vergönnt, in unmittelbarem Verkehr mit Bismarck zu treten, als dieser nämlich anfang, sich mit der Arbeiterversicherung zu beschäftigen. Schöffle hatte Bismarcks ersten Unfallversicherungsentwurf einer Kritik in der Allgemeinen Zeitung unterworfen und schickte diese Arbeit im Oktober 1881 dem Reichskanzler zu. Es knüpfte sich daran ein längerer Briefwechsel, der von Schöffle vollständig mitgeteilt wird. Im Verfolg dieses Gedankenaustausches übersandte er dann dem Reichskanzler einen ausgearbeiteten Gesetzesentwurf zur Gesamtorganisation einer berufsgenossenschaftlichen Arbeiterversicherung, worin er besonders die Vorzüge einer korporativen, beruflich und territorial gegliederten Versicherung im Gegensatz zur Schablone der Privatversicherung hervorhob. Zuletzt wurde er auch zu einer persönlichen Besprechung mit dem Fürsten nach Berlin eingeladen, die am 3. Januar 1882 stattfand. Der Verkehr mit Bismarck kam dann aber ins Stocken, sein leidender Gesundheitszustand machte es dem Fürsten nach Schöffles Angabe unmöglich, die Sache persönlich weiterzuführen, er zog auch der Gesamtorganisation ein bedächtiges Vorgehn Schritt für Schritt vor, überließ die weitere Ausführung der Entwürfe seinen Räten, und so wurde die Sache, die sich Schöffle als eine einheitliche, zusammenhängende Organisation gedacht hatte, „zunächst zerhackt, plan- und einheitslos“ gemacht. Doch hatte er die Genugtuung, daß seine Anregungen nicht unwirksam gewesen waren, und daß nach seinem Vorschlage der Anfang mit der Krankenversicherung gemacht wurde.

Blickt man auf den in diesen Denkwürdigkeiten geschilderten Lebenslauf zurück, so erscheint darin eine selbständige, kraftvolle, ihres Wertes vollbewußte Persönlichkeit. Was Schöffle geworden ist, ist er durch sich selbst geworden. Er ist keiner wissenschaftlichen Schule beizuzählen und hat auch nur kurze Zeit im Bann einer politischen Partei gestanden. Aufrecht und stolz auf seine Unabhängigkeit ist er durch das Leben gegangen. Charaktere, die sich einsam, aus eigener Kraft ihre Stellung erkämpfen, nehmen leicht etwas Hartes, Herbes an: liebenswürdige Züge wird man bei Schöffle nicht entdecken. Um die

äußere Form hat er sich wenig gekümmert, auch nicht als Schriftsteller. Wie seine wissenschaftlichen Werke in einem schwerfälligen Stil geschrieben sind, so sind auch diese Denkwürdigkeiten ohne den Reiz einer gefälligen Darstellung. Immer ist es ihm um die Sache zu tun, Nachlässigkeiten in der Form sind nicht selten. Daß er durchaus realistisch angelegt war, hat er selbst nachdrücklich betont. Neben dem Aufbau seiner Wissenschaft war es ihm Bedürfnis, unmittelbar ins Leben zu wirken, in die Bewegungen des Zeitalters tätig mit einzugreifen. Er schrieb immer um eines Zweckes willen, um zu überzeugen, und seine Feder, so fruchtbar wie vielseitig, ist nicht ohne Einfluß geblieben. Seine sozialwissenschaftlichen „Entdeckungen,“ wie er sie selbst nennt, haben Widerspruch erfahren, aber sie sind ohne Zweifel ein Ferment der sozialpolitischen Entwicklung geworden. Doch auf dem politischen Boden war ihm eine Enttäuschung nach der andern beschieden. Die Zolleinigung mit Österreich, die Bundesreform nach großdeutschem Programm, der Ausgleich des Völkerstreits in Österreich — an diesen Unmöglichkeiten hat er sich vergeblich abgearbeitet. Und aus seiner politischen Vergangenheit ist ihm etwas Zwiespältiges geblieben, auch als er sich ganz mit den Aufgaben des neuen Reichs erfüllte. Sein deutscher Patriotismus ist ehrlich, überzeugt, aber man glaubt doch die natürliche Herzenswärme zu vermissen. Dauernde Anhänglichkeit bewahrt er seinen großdeutschen Freunden von vormals und den Gesinnungsgenossen, die er in Österreich gefunden; ihre Porträts zeichnet er mit einer Liebe, die stark absticht von der Schroffheit und dem bitteren Groll, womit er anderer Zeitgenossen gedenkt. Schließlich hat man nicht den Eindruck, als ob er mit wirklicher Befriedigung auf sein Leben zurückgeblickt hätte. Er kann die Empfindlichkeit darüber kaum verbergen, daß man ihn in Wien so sang- und klanglos hat fallen lassen, und daß auch sein Zusammenarbeiten mit Bismarck nur ein halber Erfolg gewesen ist. Das Bild einer stark ausgeprägten, aber nicht einer harmonischen, abgeklärten, glücklichen Natur tritt uns aus diesen Aufzeichnungen entgegen.



## Saronica

Von einem sächsischen Konservativen

2



er Volksstamm, der das heutige Königreich Sachsen bewohnt, ist bekanntlich der Namenserbe eines andern deutschen Volksstammes geworden, mit dem er weder ethnographisch zusammenfällt noch dieselbe Geschichte teilt. Und was noch wunderbarer ist, der Erbe hat in diesem Falle nicht einmal den Tod des Erblassers abgewartet, sondern die Erbschaft noch bei dessen Lebzeiten angetreten. Das Königreich Sachsen trägt den Namen des zwischen der Elbe und der Weser sesshaften Grenzboten IV 1904